

auf, sondern wir bieten den Menschen ein Modell an, von dem wir überzeugt sind. Wir sind überzeugt von der Attraktivität der Gemeinschaftsschule, der Überlegenheit der individuellen Förderung, die dort möglich ist. Das bieten wir an.

Die Menschen, die das wollen, können dieses Angebot annehmen, wenn das Konzept stimmt. Die Menschen, die das Angebot nicht wollen, brauchen es auch nicht anzunehmen. Es gibt überhaupt keinen Grund, in Aufregung zu verfallen.

Ich biete Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, noch einmal ausdrücklich an: Wenn Sie so entspannt an die Sache herangehen, wie Herr Dr. Sternberg es gerade dargestellt hat – vielleicht auch mit der Überzeugung, die Gemeinschaftsschule sei nicht das Richtige –, dann lassen Sie uns das doch gemeinsam tun. Lassen Sie uns diese Gemeinsamkeit dazu nutzen, die Veränderungen, die vor Ort gewollt werden, gemeinsam zu begleiten und auf die Fragen, die die Menschen und die Kommunen als Bildungsträger vor Ort haben, eine Antwort zu finden, die passt.

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. Dann können wir uns auch gemeinsam um die eigentlich wichtigen Sachen streiten, die heute hier schon mehrfach angesprochen wurden. Eigentlich entscheidend ist doch nicht die Hülle. Die hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Allen Vorrednern, die das angesprochen haben, stimme ich darin zu. Es hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun,

(Ralf Witzel [FDP]: Das hat etwas mit Bildungsqualität zu tun!)

ob mein Kind nach Klasse vier aussortiert wird oder nicht, Herr Witzel. Das haben Sie noch nie verstanden. Das werden Sie auch nie verstehen. Das aber ist die Realität: Kinder werden nach Klasse 4 aussortiert. Das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Das eigentlich Entscheidende, Herr Witzel, ist doch die Frage nach der Qualität von Schule. Lassen Sie uns doch die Fragen der Veränderung der Schulstruktur vor Ort ganz entspannt und seriös gemeinsam regeln. Das Angebot besteht. Ich erneuere es gerne.

Lassen Sie uns dann über die eigentlich spannende Frage der Qualität reden, über Fortbildungen und Klassengrößen, lassen Sie uns über die Frage der Qualitätsentwicklung von Schule reden. Lassen Sie uns über die Unterrichtsstunden, die die Lehrer erteilen müssen, reden. Darüber lohnt ein konstruktiver Streit; über die Frage der Schulstruktur nicht! Denn da sind die Kommunen und die Menschen vor Ort schon wesentlich weiter, als Sie es anscheinend jemals sein werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Link. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 15/670**. Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Beschlussempfehlung einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit stelle ich die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Meine Damen und Herren, wir sind damit bei

3 Klares Bekenntnis zu Bonn als Standort für internationale Zusammenarbeit: Bonn muss erster Hauptsitz der neuen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) werden!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/667

In Verbindung mit:

Mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) den UN-Standort Bonn und Nordrhein-Westfalen insgesamt stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/679

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/814

Meine Damen und Herren, als erste Rednerin hat nun für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Hendricks das Wort. Bitte schön.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir beraten heute zwei Anträge im Landtag von NRW, die sich mit dem Thema der Fusion der Entwicklungsorganisationen zur „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ beschäftigen. Die beiden Anträge könnten kaum unterschiedlicher sein: Obwohl wir versucht haben, mit einem gemeinsamen Antrag dieses Thema im Landtag zu behandeln, hat sich die CDU entschlossen, einen eigenen Antrag auf den Weg zu bringen.

Mit ihrem Antrag übernimmt die CDU die Position des Verhandlungsstandes aus dem BMZ der ver-

gangenen Woche, so etwa die, dass die Hälfte des Vorstandes der GIZ in Bonn angesiedelt wird und der Sprecher des Vorstandes zu Hälfte in Bonn und zur Hälfte in Eschborn präsent ist. Das ist nichts Neues, denn dieses Verhandlungsergebnis gab es bereits.

SPD und Grüne wollen mehr! Wir wollen, dass Bonn erster Hauptsitz der neuen GIZ wird und die Mehrheit der Vorstände und der Geschäftsführer ihren Sitz in Bonn nehmen. Das geht aber über das hinaus, was zum Zeitpunkt Ihres Antrags, meine Damen und Herren von der CDU, in den Verhandlungen erreicht worden war.

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Im Bonn/Berlin-Gesetz ist Bonn als Standort für die deutsche Entwicklungspolitik ausgeschrieben. Bereits in Artikel 1 zum Zweck des Gesetzes werden Erhalt und Förderung der politischen Funktionen in Bonn genannt. Darunter fallen neben der Entwicklungspolitik auch die internationalen Einrichtungen.

Stattdessen will die CDU – ich zitiere – schnellstmöglich die Länderanteile Nordrhein-Westfalens an Inwent in die neue Gesellschaft einbringen, und zwar ganz ohne jede Bedingung.

Wir hingegen bringen den Anteil NRW nur dann ein, wenn unsere Forderung nach dem Hauptsitz der neuen Gesellschaft in Bonn perspektivisch erfüllt ist.

Meine Damen und Herren, mit diesen beiden Anträgen wird einmal mehr deutlich, wer sich tatsächlich für Bonn und für Nordrhein-Westfalen einsetzt.

(Armin Laschet [CDU]: Herr Niebel!)

Wir knüpfen an die Fusion Bedingungen. Die CDU verkauft NRW in den Verhandlungen.

Während sich die CDU mit dem bisher Erreichten zufriedengibt und damit die Position der GTZ übernimmt, streiten wir energisch für Bonn als dem Standort der developmentpolitischen Zusammenarbeit in Deutschland. Mehr noch: Die CDU erweckt den Eindruck, NRW solle doch glücklich und zufrieden mit der derzeitigen Situation sein und schnell alles in trockene Tücher bringen. Das bedeutet aber, die Interessen von NRW unter Wert zu verkaufen.

Herr Laschet, Bescheidenheit mag ja in mancher Hinsicht eine positive Eigenschaft sein. Es ist Ihnen hoch anzurechnen, wenn Sie diese Eigenschaft besitzen. Nur, Herr Laschet, bitte lassen Sie diese Eigenschaft dann außen vor, wenn es um die Interessen von Nordrhein-Westfalen und deren Bürger und Bürgerinnen geht. Diese Bürger und Bürgerinnen haben unser Engagement verdient, aber keine Zurückhaltung à la CDU.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Hendricks, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unter-

breche, aber der Abgeordnete Laschet möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Renate Hendricks (SPD): Ja, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Laschet.

Armin Laschet (CDU): Frau Kollegin Hendricks, eigentlich wissen Sie und viele in Bonn, welche Stärkung für Bonn wir in den letzten fünf Jahren erreicht haben. Aber da Sie sagen, die CDU sei mit ihren sehr konkreten Forderungen zu zurückhaltend, die, wie ich höre, inzwischen auch die Frau Ministerin als eines ihrer Ergebnisse vortragen wird, möchte ich Sie fragen: Hält die SPD an ihrer Bedingung fest, dass die Anteile nur übertragen werden dürfen, wenn die Finanzverwaltung, also der Finanzsitz, in Bonn ist?

Das ist ein Teil Ihres Antrags. Sie sagen, Sie hätten hier munter gekämpft. Halten Sie an dieser Bedingung in Bezug auf die Übertragung der Gesellschafteranteile fest, ja oder nein?

Renate Hendricks (SPD): Herr Laschet, wir werden diese Bedingung so nicht aufrechterhalten, aber wir wissen, dass wir eine perspektivische Bilanz haben, die unter Umständen andere Dinge ermöglicht.

(Armin Laschet [CDU]: Das wollten Sie doch heute beschließen! Schaufensterantrag!)

Herr Laschet, lassen Sie mich antworten: Sie haben mit Ihrem Antrag bei der Community in Bonn nicht nur Kopfschütteln verursacht, sondern sogar absolutes Unverständnis hervorgerufen. Es hat in Bonn eine unendliche Aufregung über Ihren Antrag gegeben, weil man genau wusste, dass Sie mit einer Wackelpolitik in die Verhandlungen hineingehen.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr seid unseriös!)

Sie sprechen, auch gegenüber der Presse, davon, dass wir den Standort Bonn mit Maximalforderungen gefährden. Das haben Sie der Presse gegenüber gesagt, Herr Laschet.

(Armin Laschet [CDU]: Tun Sie auch!)

– Nein, Herr Laschet, es handelt sich nicht um Maximalforderungen – das sage ich Ihnen ganz deutlich –, sondern es sind legitime Forderungen, die wir erheben.

(Armin Laschet [CDU]: Sie ziehen sie doch schon zurück, weil Sie wissen, dass das Unsinn ist!)

Ich darf zitieren – Herr Laschet, das haben Sie gesagt –: Wenn Ministerpräsidentin Kraft weiter po-

kert, gefährdet sie das Erreichte. – Herr Laschet, wer anderen vorwirft, hoch zu pokern, will nur verschleiern, dass sein eigener Einsatz viel zu gering ist.

Herr Laschet, vielleicht erklären Sie uns einmal diesen merkwürdigen Antrag. Nachdem der Chef der GTZ, Bernd Eisenblätter, für Eschborn als künftigen Hauptsitz getrommelt hat, haben Sie als NRW-Minister in einem Interview im Domradio im März dieses Jahres den Standort in Hessen unterstützt. Sie wollten lediglich einen zweiten GTZ-Sitz in Bonn haben.

Im Mai, genau genommen sechs Tage vor der Landtagswahl, erklärten Sie im „Bonner Generalanzeiger“ in aller Deutlichkeit – ich zitiere erneut –: Man muss den Sitz der neuen Gesellschaft auf jeden Fall nach Bonn legen. – Mit dieser Position hätten Sie natürlich unsere Unterstützung gehabt. Entwicklungsminister Dirk Niebel sagte erst kürzlich, der erste Dienstsitz der GIZ werde in Bonn sein.

(Armin Laschet [CDU]: Sagt der Antrag auch! Hier steht doch „Hauptsitz“!)

Der Bundesumweltminister setzt sich ebenso wie der Außenminister für Bonn ein. Nun fällt die CDU im Landtag erneut um. Was für eine Wackelpolitik ist das, Herr Laschet!

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Herr Laschet, ohne Not verlassen Sie mit Ihrem Antrag und Ihren Äußerungen in der Presse aus der letzten Woche den Konsens, den wir in diesem Hohen Haus bisher immer hatten.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Nein, Sie haben ihn verlassen. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir zu hoch pokern.

(Armin Laschet [CDU]: Wir machen das seit 15 Jahren! Da wussten Sie noch gar nicht, was das ist!)

Ist es eigentlich die verlorene Landtagswahl, die zu dieser Kehrtwende führt? Oder welche Interessen verfolgen Sie eigentlich?

(Armin Laschet [CDU]: Sie ziehen Ihre eigenen Forderungen zurück! Schaufensterantrag!)

– Es ändert doch nichts daran, dass wir die Genese dieses Antrags oder dieser Anträge hier noch einmal diskutieren, Herr Laschet.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Hendricks, entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch einmal unterbreche. Gestatten Sie dem Abgeordneten Krautscheid eine Zwischenfrage?

Renate Hendricks (SPD): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen mehr.

(Zurufe von der CDU: Feige! Auch das noch!
– Zurufe von der SPD und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Renate Hendricks (SPD): Bonn ist Sitz von 150 Nichtregierungsorganisationen, die in den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Armutsbekämpfung, Konfliktbewältigung und Bildung aktiv sind. Bonn ist zudem internationaler Pressestandort für die Wissenschaftspresse. Mit vier Zertifizierungsgesellschaften kann Bonn sich als globale Hauptstadt für Umwelt- und Sozialstandards bezeichnen. Der Platz für den Hauptsitz der neuen Gesellschaft kann deshalb nur Bonn sein.

In Ihrem Antrag heißt es, dass die neue GIZ nach dem Geschäftsvolumen sechsmal größer ist als die bisherigen Organisationen in Bonn. Müsste dies nicht ein höheres Volumen aus der GTZ für Bonn bedeuten? Inwent, DIE und DED sind allerdings bereits sehr bedeutende Arbeitseinheiten in Bonn.

Die von Ihnen genannten finanziellen Investitionen sind völlig unklar. Welche Investitionen meinen Sie eigentlich – das können Sie uns vielleicht gleich beantworten –: die, die am Dienstsitz in Eschborn getätigt werden sollen?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Was ist eigentlich unter einem GIZ-Informationszentrum zu verstehen? Welche Personen sollen dort zukünftig arbeiten? Ist es nicht so, dass Mitarbeiter aus den Bonner Organisationen dort ihre Arbeit aufnehmen sollen? Wie sollen die personellen Ressourcen in Bonn ausgebaut werden, wenn nicht beabsichtigt ist, Abteilungen von Eschborn nach Bonn zu verlegen? – Darauf gibt Ihr Antrag keine Antworten.

Meine Damen und Herren, die Hälfte des Vorstands der neuen GIZ in Bonn ist praktisch vorhanden. Hier greift Ihr Antrag zu kurz. Der Hauptsitz der neuen Gesellschaft muss nach Bonn. Analog zu den Regelungen für Bonn und Berlin gehört der erste Dienstsitz nach Bonn.

Da sich nun eine perspektivische Lösung nach dem Verhandlungsergebnis der Landesregierung abzeichnet, sind wahrscheinlich beide Anträge erledigt. Wir ziehen unseren Antrag zurück. Dennoch war es richtig, dass die Koalition die Landesregierung mit diesem Antrag munitioniert hat, mit dem Bund neu zu verhandeln.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU] – Zurufe von der SPD)

– Natürlich kann ich das, Herr Krautscheid! Der hartnäckigen Verhandlung der Landesregierung ist

es zu verdanken, dass die Interessen von NRW nun deutlich gestärkt werden. Wenn das Land NRW der Fusion nun zustimmen kann, dann nur, weil unsere Ministerpräsidentin bis zum Schluss verhandelt hat. Damit hat sich aber auch unser Antrag erledigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hendricks. – Als nächster Redner hat für die weitere antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Engstfeld das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklungspolitik gewinnt für den globalen Wandel und den internationalen Interessenausgleich weiter an Bedeutung. Für uns Grüne ist Entwicklungspolitik globale Strukturpolitik. Wir Grüne setzen auf einen Interessenausgleich zwischen den Weltregionen, zwischen Arm und Reich.

Wir verbinden Fragen der globalen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, des Umwelt- und des Klimaschutzes mit sozialen Entwicklungen. Wir fordern eine bessere Abstimmung zwischen Handels-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Kurzum: Entwicklungspolitik ist für uns ein wichtiger Baustein bei der Gestaltung einer gerechteren Globalisierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um das zu erreichen, ist für uns seit Jahren klar: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss besser werden. Die Trennung der deutschen Entwicklungspolitik zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit ist nicht mehr zeitgemäß und muss überwunden werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen eine deutsche Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss. Wir fordern die Zusammenlegung von technischer und finanzieller Zusammenarbeit in einer einheitlichen bundeseigenen Entwicklungsagentur. Das ist aus meiner Sicht auch zwingend notwendig, um die Effizienz und die Kohärenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Deswegen sage ich: Ja, die Fusion von GTZ, DED und Inwent zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, ist richtig und ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Das reicht allerdings nicht aus. Die derzeitige Fusion springt zu kurz, da die finanzielle Zusammenarbeit – sprich: die Kreditanstalt für Wiederaufbau – nicht mit eingebunden ist. Richtig, aber nicht ausreichend – so mein Fazit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, falsch – ich würde fast sagen: schädlich – war Ihr Verhalten, Herr Laschet, das Verhalten der Union bei der Frage, ob

der Standort Bonn gestärkt aus dieser Fusion hervorgeht. Wir waren, als wir den Antrag eingebracht haben – wir haben ihn Ihnen rechtzeitig zur Kenntnis gegeben –, in der Hochphase der Schlussverhandlungen bei der Fusion von GTZ, DED und Inwent.

Grundlage im Fusionsprozess ist das Bonn/Berlin-Gesetz, das festlegt, dass Bonn als Standort für Entwicklungspolitik und für nationale und supranationale Einrichtungen fortentwickelt werden soll.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei noch einmal klar gesagt: Die grüne Landtagsfraktion steht voll und ganz zu dem Bonn/Berlin-Gesetz. Unser Handeln zusammen mit dem Koalitionspartner ist darauf ausgerichtet, dem Auftrag und dem Geist des Gesetzes nachzukommen und dafür zu streiten, dass der Standort Bonn am Ende des Tages gestärkt aus der Fusion hervorgeht. Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht, den wir jetzt wieder zurückziehen, weil wir ein hervorragendes Verhandlungsergebnis haben.

Dieser Antrag war richtig, er war hinsichtlich des Zeitpunktes richtig und er war inhaltlich richtig, weil er den nötigen Druck in die Verhandlungen gebracht hat, die jetzt erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnten.

Herr Laschet, ich weiß nicht, was Sie getrieben hat. Ich zitiere einmal aus einer Pressemitteilung vom 24. November, die Sie herausgegeben haben. Darin steht: Auf Antrag der CDU-Fraktion wird sich in der nächsten Woche – sprich: diese – der Landtag von Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema beschäftigen. – Herr Laschet, Sie wissen ganz genau: Der Antrag ist von Rot-Grün zuerst eingebracht worden. Wir haben versucht, Sie einzubinden.

Sie sehen in der Tagesordnung, auch in der Abfolge der Rednerinnen und Redner: Rot-Grün hat den Antrag eingebracht. Was Sie hier der Öffentlichkeit vorgaukeln, dass Sie angeblich irgendein Motor sind, ist schlichtweg falsch und frei erfunden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Einigung stärkt den Standort Bonn. Was wir jetzt haben – im Gegensatz zu Ihrem Antrag –, nämlich das Ergebnis, dass mindestens 50 % des Vorstandes der GIZ in Bonn angesiedelt wird, ist ein wichtiges Ergebnis, wodurch der Standort Bonn nachhaltig gesichert wird. Die Klausel, dass ab 2013 noch einmal weitere Schritte zur Stärkung des Standortes Bonn vorgenommen werden, ist ein voller Erfolg unserer Verhandlungen. Deswegen war unser Antrag richtig. Ihr Vorgehen war falsch. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Als nächste Rednerin hat

für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete von Boeselager das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Hendricks! Seit 20 Jahren, seit dem Bonn/Berlin-Beschluss, ist es das erste Mal, dass Sie hier die Tradition aufgeben, dass wir gemeinsam für Bonn und die Region sprechen und formulieren.

Das, was Sie hier eben geboten haben, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Kelber hat für nächste Woche zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen. Wir müssen intensiv darüber nachdenken, ob das auf dieser Basis weiter möglich ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): Das ist traurig für unsere Region mit Blick auf den bisherigen Bonn/Berlin-Konsens. Wir waren so erfolgreich, weil wir wirklich immer gemeinsam formuliert haben. Die Fusion der GTZ mit Inwent und dem DED wird in einem Paket angeboten. Niemand von uns konnte dagegen sein. Man konnte immer nur Ja sagen. Das ist sehr gut für die Region. Das ist das, was wir wollen, dass die Region gestärkt wird, dass wir die Leitungskompetenz bekommen, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): ... dass wir auch die Synergieeffekte weiter für diesen Doppelsitz erhalten. Das darf nicht infrage gestellt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin von Boeselager.

Ilka von Boeselager (CDU): Das ist genau das, was wir in unserem Antrag gefordert haben, dass Bonn der erste Sitz wird und dass die Tätigkeit des Vorstandes zu 50 % hier geschieht. Das Schreiben, das uns die Ministerin gerade überreicht hat, stimmt mit dem überein, was wir die ganze Zeit gesagt und gefordert haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie kurz unterbreche.

Ilka von Boeselager (CDU): Das wird jetzt umgesetzt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): Nein, das möchte ich jetzt nicht. – Ich denke, das ist unser gemeinsames Ziel. Das ist auch so zu begründen. Es ist ja nicht vom Himmel gefallen. Das war ein langer Entwicklungsprozess. Natürlich war der frühere Minister Laschet auch bei diesen Forderungen mit eingebunden. Das kann man doch nicht wegdiskutieren. Was soll das Ganze jetzt?

(Zurufe von der SPD)

Diese kleinliche Beckmesserei! Sie haben sich jetzt zwei Stunden in einem Klein-Klein-Krieg in Aktuellen Stunden austoben können. Lassen wir doch endlich wieder die Kirche im Dorf und kommen zur wirklichen Arbeit zusammen, zur strukturierten politischen Arbeit! Lassen Sie uns endlich wieder auf den Punkt kommen! Das ist doch unglaublich.

Mit dem, was jetzt erreicht ist und was in diesem Schreiben steht, können wir zufrieden sein. Sie haben noch den Finanzsitz gefordert. Wir haben gleich gesagt: Diese Möglichkeit wird es nicht geben. Wir haben ganz bewusst den Antrag noch einmal eingebracht, weil wir der Meinung waren, dass das in dieser Form nicht möglich sein wird.

(Markus Töns [SPD]: Lassen Sie sich nicht vom Umweltminister in Berlin vorschreiben, was Sie für eine Politik zu machen haben!)

Es ist richtig und wichtig – ich muss Frau Ministerin darauf drängen –, dass die Anteile des Landes jetzt auch zügig überwiesen werden, dass wir ein klares Signal setzen.

In dem Brief der Frau Ministerin steht auch, dass wir mit dem BMZ vereinbart haben, dass ab Mitte des Jahres 2013 weitere über das jetzt bereits Erreichte hinausgehende Schritte zur Stärkung des Standortes erfolgen werden. – Ja, wir müssen jetzt auch daran bleiben.

Auch frage ich mich, Frau Ministerin, was eigentlich mit Bad Honnef und der VE-Z geschieht. Diese Frage ist aus meiner Sicht noch offen. Auch dazu müsste man in der jetzigen Situation etwas sagen.

Wenn wir jetzt beide Anträge wieder zurückziehen, dann geschieht das auf Grundlage des in den letzten Monaten gemeinsam Erarbeiteten. Man muss doch nicht immer darauf herumreiten, wer für sich beanspruchen kann, der Erste gewesen zu sein. Das ist doch auch Aufgabe des Bundes gewesen, und ein Bundeskabinettsbeschluss vom 7. Juli 2010 hat das Ganze in Gang gesetzt; das wissen Sie doch auch. Man müsste also auch dem Bund für seinen Anstoß danken.

Wir sollten froh sein, dass wir jetzt zu diesem guten Ergebnis gekommen sind, dass Bonn weiter gestärkt wird und dass viele weitere Arbeitsplätze in Bonn entstehen können. Das ist doch etwas sehr

Positives. Wir sollten endlich einmal diese Streitereien lassen! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich sagen, dass sowohl ich als auch die Fragesteller selbstverständlich ein Nein als Antwort auf die Frage, ob eine Zwischenfrage zugelassen wird, akzeptieren. Irgendeine Reaktion auf meinen Unterbrechungsversuch wäre allerdings hilfreich.

Herr Kollege Papke hat nun das Wort für die Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt ist der Frieden wieder gestört!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gute Tradition im Landtag Nordrhein-Westfalen, dass wir jenseits der politischen Debatte und des politischen Streits über den besten Weg für unser Land immer einen Grundkonsens gefunden haben, wenn es um klare Standortinteressen Nordrhein-Westfalens ging.

(Renate Hendricks [SPD]: Das war so in der Vergangenheit! Ja!)

Ich kann nur an alle Fraktionen appellieren, von diesem Grundkonsens nicht abzuweichen. Frau Kollegin Hendricks, Sie haben das allerdings in einer nicht akzeptablen Art und Weise getan. Ich will hoffen, dass sich das nicht wiederholt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Denn wenn es bei solchen Standortdebatten jetzt nur noch darum geht, kleines Karo zu tragen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach du liebe Güte!)

dann wird es uns am Ende des Tages nicht gelingen, die Interessen Bonns, der Region Bonn und Nordrhein-Westfalens insgesamt wirksam zu vertreten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Deshalb habe ich es im Übrigen auch nicht für glücklich gehalten, dass es im Vorfeld nicht gelungen ist, eine gemeinsame Antragsinitiative vorzulegen.

(Renate Hendricks [SPD]: Genau so ist es!)

Das darf ich noch einmal an die Adresse der Koalitionsfraktionen richten.

(Renate Hendricks [SPD]: Wir haben das versucht, Herr Papke!)

– Nein, mit uns ist nicht intensiv darüber beraten worden, und auch die CDU ist als Reaktion auf Ih-

ren Antrag mit einem eigenen Antrag vorgeprescht. Das Verfahren hätte anders laufen müssen. Ich darf daran erinnern, wie wir das vor einigen Wochen hinbekommen haben, als es um das Bonn/Berlin-Gesetz ging. Da sind wir initiativ geworden und haben einen einstimmigen Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen herbeiführen können. Meine herzliche Bitte ist, dass wir dieses Verfahren in künftigen Fällen wieder so hinbekommen und dass das nicht so parteipolitisch auseinanderdriftet, wie es zuletzt geschehen ist.

(Markus Töns [SPD]: Da haben Sie vollkommen recht! Aber das liegt doch daran, dass diese Fraktion fremdgesteuert ist!)

Das gilt umso mehr, als wir heute ein ausgezeichnetes Ergebnis, das uns Frau Ministerin Schwall-Düren gleich vortragen wird, parlamentarisch begleiten können. Das ist doch eine außerordentlich positive Botschaft für die Region Bonn/Rhein-Sieg und für Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Ich darf noch einmal auf den Vorgang selbst zurückkommen. Seit vielen Jahren wird unter Experten in der developmentalpolitischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland darüber diskutiert, wie nötig es ist, die drei wesentlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland zu fusionieren,

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Wir!)

um Synergieeffekte zu heben und die Wirkungskraft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.

Ich finde es außerordentlich begrüßenswert, dass es der christlich-liberalen Koalition in Berlin gelungen ist, das nicht nur zu vereinbaren, sondern jetzt auch umzusetzen. Das ist ein Schritt nach vorne für die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, ein positives Ergebnis.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, der Landtag würde dem kritisch gegenüberstehen. In der Sache ist diese Fusion begrüßenswert; sie war längst überfällig. Gerade wenn wir an Katastrophen wie die in Haiti denken, wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sehr schnell reagieren kann, etwa um eine nachhaltige Katastrophenhilfe bieten zu können.

Darüber gibt es, glaube ich, auch keinen Dissens. Der Dissens entzündete sich aus Sicht des Standorts Bonn an der Frage, wo der Hauptsitz der neuen GIZ angesiedelt sein soll. Diese Frage war und ist nicht profan. Denn zwei Hauptsitze können schon rechtlich nicht wirklich funktionieren und politisch schon gar nicht. Herr Kollege Laschet, Sie haben in Ihrem Antrag zwei gleichberechtigte Hauptsitze vor

geschlagen. So gut uns Ihr Antrag gefallen hat: An dieser Stelle hat er uns nicht zugesagt.

(Beifall von der SPD)

Zwei gleichberechtigte Hauptsitze wären aus Sicht des Standorts Bonn keine dauerhafte zukunftssichere Lösung gewesen, die wir und natürlich auch Sie uns wünschen und in den Verhandlungen mit dem Bund eingefordert haben. Die Botschaft und – nach dem, was ich höre – erfreulicherweise auch das Ergebnis sind klar: Der Hauptsitz, der erste Dienstsitz der GIZ wird nach Bonn kommen. Das ist ein außerordentlich positives Ergebnis, das wir in der heutigen Debatte alle miteinander würdigen sollten.

(Beifall von der FDP und von der SPD)

Dieses Ergebnis entspricht im Übrigen auch dem Bonn/Berlin-Gesetz, in dem ausdrücklich festgehalten worden ist, dass Bonn der nationale Standort der Entwicklungszusammenarbeit werden soll und dass Bonn gestärkt werden soll, und zwar auch durch die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen. Das ist auch in den zurückliegenden Jahren gelungen. Bonn ist der UN-Standort in Deutschland, und Bonn muss in Zukunft mehr denn je der Standort der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sein.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dieses Ergebnis ist positiv. Wir werden – ich glaube, aus allen Fraktionen heraus, Frau Ministerin Schwall-Düren – dieses Ergebnis so positiv begleiten, wie wir das auch bisher gemacht haben. Ich denke, wir alle haben mit unseren Leuten in Berlin in den letzten Tagen intensive Gespräche geführt, um zu diesem Ergebnis zu kommen.

Ich will auf einen weiteren Punkt hinweisen; das habe ich Ihnen gerade schon am Rande zugerufen. Bei der Detailumsetzung haben wir aus Sicht der Region, des Rhein-Sieg-Kreises, noch ein ganz wesentliches Anliegen. Wir haben in Bad Honnef die Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit, die V-EZ, die eine hervorragende Arbeit macht und fest in der Stadt Bad Honnef verwurzelt ist. Es ist unser ausdrückliches Anliegen als FDP – aber nicht nur unser Anliegen; ich weiß, dass auch andere Kolleginnen und Kollegen diese Einschätzung teilen –, dass die V-EZ in Bad Honnef erhalten bleibt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir wollen die erfolgreichen, tragfähigen, leistungsfähigen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit in Bonn zusammenführen – damit meinen wir die Region Bonn – und das, was bisher im Bonner Umland, im Rhein-Sieg-Kreis, an hervorragender Arbeit geleistet worden ist, weiter verstetigen und dauerhaft für die Zukunft sichern. Ich darf Sie sehr herzlich bitten, das ausdrücklich als unser Landesinteresse aufzunehmen.

Wie es aussieht, haben wir jetzt ein hervorragendes Ergebnis, das klar benennt: Bonn wird der Hauptsitz der GIZ. Alles andere hätte nicht funktioniert. Wir werden im Prozess der nächsten Wochen und Monate gemeinsam sicherzustellen haben, dass Bonn die Entwicklungspotenziale, die aus dieser Entscheidung resultieren, ausschöpfen kann.

Ich gehe davon aus, dass der Dissens oder – sagen wir besser – dass die intensiven Verhandlungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung damit zu einem guten Ende gekommen sind. Ich freue mich darauf, Frau Ministerin, dass Sie das dem Parlament gleich sicherlich werden vortragen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Beuermann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Bärbel Beuermann (LINKE) Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion anlässlich der Zusammenführung von DED, Inwent und GTZ zur GIZ hat natürlich Facetten, die es zu beachten gilt. Eine für Nordrhein-Westfalen zentrale Rolle spielte dabei natürlich die Frage, ob Bonn der Hauptsitz der GIZ werden soll. Meine Vorrednerinnen und -redner haben das schon ausgeführt.

Da diese Frage nunmehr als beantwortet gelten darf, lassen Sie mich abseits der Ortsfrage auf die weitgehende Dimension der Zusammenlegung eingehen. Wir haben als Partei, aber auch als ein Teil der Eine-Welt-Bewegung darauf hingewiesen, dass die Niebel'sche Reform nicht nur eine strukturelle Neuaufstellung, sondern auch eine inhaltliche Reform der Entwicklungspolitik anbahnt.

Wir wissen von vielen Beschäftigten insbesondere bei Inwent und beim DED, dass sie ihre Tätigkeit immer mit idealistischer und menschenzugewandter Ausrichtung betrieben haben. Der Wille, die fatalen Folgen des eurozentristischen Kolonialismus nachhaltig abzubauen, kam darin genauso zum Ausdruck wie ein ganzheitliches Menschenbild und ein progressives Verständnis von Emanzipation. Um es einfacher zu formulieren: Sinn und Zweck haben viele Menschen in der Eine-Welt-Bewegung und in der Entwicklungszusammenarbeit darin gesehen, das Gute zu tun.

Die Entwicklungen hin zur GIZ könnten in diesem Zusammenhang leichthin als effizienter Schritt missverstanden werden. Das Gegenteil ist zu befürchten: In perfider Weise wird im modernen Gewand dem europäischen Expansionsdrang Vorschub geleistet. Die Erschließung neuer Absatzmärkte und Produktionsstandorte, die Etablierung

eines Abbildes unserer Gesellschaft mit all ihren Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

letztlich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen werden im freundlichen Gewand der entwicklungspolitischen Hilfe verkleidet.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Aufbau und die Arbeit der GIZ nicht wachen Auges begleiten, werden die Zentralisierung ihrer Arbeit und die verstärkte Kontrolle seitens der Bundesregierung zur versteckten Wirtschaftsförderung genutzt werden. Anstelle der Armutsbekämpfung, die uns allen am Herzen liegen sollte – ich gehe einfach davon aus, dass sie uns am Herzen liegt –, wird weiterhin konsequent der Transfer eines mangelhaften wirtschaftsorientierten Demokratieverständnisses betrieben werden. Das heißt also, die Wirtschaft wird über den Menschen gestellt. Menschen werden nicht befähigt, sich selber zu helfen.

Wem diese Prognose zu pessimistisch ist, dem empfehle ich einen kritischen Blick auf die Umsetzung des Umbaus. Wie nebenbei wurde und wird versucht, die Rechte der Beschäftigten von DED und Inwent zurückzudrängen. Der Fusionsprozess zeigt zudem immer deutlicher, mit was für einem weitreichenden und vor allen Dingen kontraproduktiven Personalabbau er einhergehen wird.

Der angekündigte Überleitungstarif der Beschäftigten wurde vonseiten des Arbeitgebers und des Entwicklungsministeriums über einen unakzeptablen Zeitraum verschleppt und konnte nur unter starkem Druck der Gewerkschaft ver.di und der Belegschaft eingefordert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Die Übernahme der Beschäftigten mit Zeitverträgen in reguläre Verträge wäre zudem ein Zeichen gewesen, dass im Fusionsprozess endlich auf Augenhöhe und transparent gehandelt werden soll. Aber auch hier gibt es bislang keine Bereitschaft des Ministeriums, die nicht erst durch die Beschäftigten erkämpft werden müsste. Insgesamt kann somit bereits die Gründung der GIZ an vielen Stellen nur als sozial schwer verträglich bezeichnet werden:

(Bodo Löttgen [CDU]: Genauso wie Ihre Rede schwer verständlich ist!)

keine beruhigenden Signale für eine Gesellschaft, die in Regionen und Staaten mit schwacher sozialer und demokratischer Kontrolle agieren wird.

Wir Linke fordern: Die Fusion muss mit einer Debatte über entwicklungspolitische Ziele unter Einbeziehung der Belegschaft einhergehen.

Die Instrumente von Inwent und DED müssen in der neuen GIZ erhalten und gestärkt werden. Eine nachhaltige Fusion des entwicklungspolitischen Vorfelds muss die wichtigen Themen der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit

befördern und nicht die Gewinnmaximierung der Consultingwirtschaft in den Vordergrund stellen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke lehnt es ab, aus der Entwicklungspolitik einen Entwicklungsmarkt zu machen, auf dem die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, private Träger und Unternehmen um die lukrativsten Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit konkurrieren.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme fasse ich zusammen: Die Linke teilt die Auffassung, dass Bonn als etablierter und effizienter Standort der GIZ alternativlos und vorrangig ist. Offensichtlich – das freut uns – wurde diese Erkenntnis auch in Berlin beherzigt, und die Entscheidung für Bonn als ersten Sitz findet unsere ausdrückliche Zustimmung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung nun Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Zusammenführung der Entwicklungshilfeorganisationen, die ja Anlass für die heutige Debatte ist, hat die Landesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv mitgewirkt.

Wir haben dabei die Fusion dieser Organisationen immer unterstützt,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir nicht!)

da wir als Land mit einem großen Engagement in der Entwicklungskooperation – Sie wissen, dass Nordrhein-Westfalen hier beispielgebend für die Länder ist – an einer möglichst effizienten und effektiven deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein hohes Interesse haben. Wir erhoffen uns von der Fusion eine noch leistungsstärkere Entwicklungszusammenarbeit.

Wir haben an diesem Fusionsprozess aber auch mitgewirkt, weil wir sicherstellen wollten, dass die Bundesstadt Bonn als Standort der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiter gestärkt wird, wofür sich das Land seit vielen Jahren stark engagiert, übrigens auch finanziell. Vor Kurzem hatten wir in diesem Hause die Debatte über die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform ergeben, und über den Standort des Bundesverteidigungsministeriums. Wir sehen durchaus auch diesen Zusammenhang, dass hier die Gefahr bestehen könnte, Rutschbahneffekte zu produzieren.

Mit der Fusion musste deshalb für uns vor dem Hintergrund des Berlin/Bonn-Gesetzes von 1994 ein klares Bekenntnis zu Bonn als Standort der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verbunden sein, denn dort heißt es, dass Bonn zu dem deutschen Standort der Entwicklungspolitik ausgebaut werden sollte.

Meine Damen und Herren, die Gespräche mit dem Bund in der Frage des Sitzes der neuen Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit sind schwierig gewesen. Es bestand anfangs die Gefahr, dass der Standort Bonn und die dort bestehenden Einrichtungen wie der Deutsche Entwicklungsdienst – DED – und Inwent in Wirklichkeit zu Filialen der GTZ in Eschborn abgewertet würden.

In den vergangenen Wochen haben wir aber mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in sehr intensiven Verhandlungen erreichen können, dass der Standort Bonn durch die Gründung der GIZ gestärkt wird. Das BMZ hat uns auf unser Drängen hin vor einigen Wochen einen konkreten Vorschlag zur Stärkung des Standortes Bonn übermittelt, der für uns in der wichtigen Frage des Sitzes der GIZ aber nicht ausreichend war. Dieses ursprüngliche Angebot des BMZ deckt sich im Übrigen 1:1 mit den Forderungen aus dem uns heute vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU. Das Angebot des BMZ umfasste zwar bereits durchaus wichtige Elemente wie die Gründung eines Innovationszentrums in Bonn und die Ansiedlung der neu zu gründenden Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement und eines neuen Evaluierungsinstitutes. Diese Fragen sind also seit Wochen geklärt ebenso wie etwa die Frage der Beteiligung der deutschen Länder im Aufsichtsrat der neuen GIZ.

Das war wichtig, aber das allein hätte dem Auftrag des Bonn/Berlin-Gesetzes noch nicht in hinreichendem Maße entsprochen. Zu Bonn als Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik gehört auch, dass die wichtigen Entscheidungsfunktionen dort konzentriert sind.

Wir haben jetzt in den Verhandlungen mit dem BMZ in einigen Punkten klare Nachbesserungen für den Standort Bonn erreichen können. Die Vereinbarung, die wir in dieser Woche – genauer gesagt: gestern Abend – mit dem BMZ erzielt haben, stellt sicher, dass Bonn der erste Sitz der GIZ ist und nicht ein Sitz neben Eschborn, wie das auch noch in dem CDU-Antrag stand.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es stellt sicher, dass der Vorstand der GIZ einschließlich des künftigen Sprechers des Vorstands seine Tätigkeit zu mindestens 50 %, also mehr als der Hälfte, in Bonn ausüben wird.

(Beifall von der SPD)

Die Vorstandssitzungen werden überwiegend in Bonn stattfinden. Wir haben damit erreichen können, dass die GIZ auf der Ebene der Leitung der Gesellschaft und in wesentlichen Teilen ihrer Verwaltung ihren Hauptsitz in Bonn haben wird.

Meine Damen und Herren, wir hätten uns laut Antrag der CDU eigentlich mit der Hälfte zufrieden geben sollen, und Sie haben uns gedrängt, wir sollten unterschreiben, wir sollten nicht so zurückhaltend sein und damit dem internationalen Standort Bonn Schaden zufügen, wie Sie es formuliert haben.

Nein, durch unsere Hartnäckigkeit haben wir erreichen können, dass außerdem ab Mitte 2013, wenn sich die GIZ strukturell und konzeptionell gefestigt hat, weitere Schritte zur Stärkung des Standortes Bonn erfolgen werden. Dies zu gestalten, wird eine Aufgabe der kommenden Jahre sein, zu der wir mit dem BMZ regelmäßige Follow-up-Gespräche führen werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle allen danken, die auf unterschiedlichen Wegen mitgeholfen haben, zu diesem Ergebnis zu kommen, ich will aber nicht verhehlen, dass wir uns für den Standort Bonn noch mehr hätten vorstellen können. Es ist uns aber trotz erheblicher Anstrengungen aus Eschborn, einer Stärkung des Standortes Bonn entgegenzuwirken, gelungen, mit dem BMZ eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung und Stärkung von Bonn zu erreichen. Das ist uns nur gelungen, weil wir bis zuletzt an unseren Gesellschafteranteilen an Inwent festgehalten und unmissverständlich deutlich gemacht haben, dass wir keiner Lösung zustimmen werden, die den Standort Bonn in Mitleidenschaft ziehen könnte.

(Beifall von der SPD und von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden das Zusammenwachsen der Entwicklungshilfeorganisationen weiter konstruktiv begleiten – auch was Detailfragen anbelangt, Herr Papke –: im Sinne des internationalen Standortes Bonn und einer positiven Weiterentwicklung der Entwicklungszusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und
von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Es spricht jetzt für die CDU Herr Laschet.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich die Ministerin und die Landesregierung zu diesem

Ergebnis beglückwünschen, denn es ist ein gutes Ergebnis für Bonn.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Es ist wichtig, dass über die faktische Stärkung des Standorts hinaus die im Koalitionsvertrag enthaltene Initiative der Bundesregierung, nämlich die drei Institutionen auf eine zu konzentrieren, jetzt umgesetzt worden ist und dass mehr nach Bonn kommt – wie auch aus unserem Antrag sichtbar wird –, als je zuvor in Bonn war. Dies muss nun mit Leben gefüllt werden.

Das war das Ziel, worüber eigentlich in der letzten Wahlperiode Konsens bestanden hat. Als ich damals das Ministerium übernommen habe, war dieses Thema im Umweltministerium angesiedelt. Damals war das Thema „Standort Bonn stärken“ nicht sehr stark, weil ein anderer Schwerpunkt gesetzt wurde. Wir haben aber gesagt: Auch die Landesregierung muss mit den Möglichkeiten, die sie hat, einen Standort so profilieren, dass er auch international als solcher wahrgenommen wird.

Wir können nicht alleine große UN-Sitze nach NRW holen. Der Kollege Krautscheid hat sich damals in der Staatskanzlei bei einem Wettbewerb gegen Kopenhagen engagiert. Da kann die Landesregierung ein wenig tun, aber alleine schafft sie das nicht.

Wir haben in früheren Bundesregierungen – in Klammern gesagt – nicht so leidenschaftliche Bonn-Befürworter gehabt wie heute den Außenminister Westerwelle, den Bundesminister Röttgen und auch den Bundesminister Niebel, die viel mehr Empathie für die Bedeutung Bonns haben, als manch anderer sie gehabt hat. Ich will das nicht präzisieren.

(Beifall von der FDP)

Aber das alleine reicht nicht. Deshalb haben wir eine Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik gegründet, damals strickt beäugt vom BMZ, das gesagt hat: Was macht ihr als Land da plötzlich? Wieso profiliert ihr euch da?

Es gibt also Möglichkeiten als Land, das zu unterstützen. Diese Möglichkeiten sind gestiegen mit der GTZ/GIZ-Fusion, die wir heute erleben.

Das Einzige, was uns, glaube ich, auseinandergelbracht hat, war die Frage: Wie lange darf man pokern und mit was darf man drohen? Gegen die Drohung in Ihrem Antrag: „Wenn heute nicht der Finanzsitz verlegt wird, dann fordern wir die Landesregierung auf, die Anteile nicht zu übertragen“, haben wir gesagt: Wegen des Anteils von 414 € – das ist nämlich der Anteil unter sechs DSE-Ländern – sollten wir nicht die große Chance für Bonn vertun, sollten wir auch ohne Finanzsitz Ja zu dieser Fusion sagen. Denn der Bund hätte auch andere Möglichkeiten gegen das Land Nordrhein-Westfalen und gegen den Standort Bonn gehabt, nämlich indem man Inwent einfach leerlaufen lässt und diesen

Schritt ohne Nordrhein-Westfalen geht. Deshalb war unser Appell: Lasst uns heute Ja zu dieser Fusion sagen. Man hätte Inwent bestehen lassen und die Anteile herausnehmen können.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Aber die Bildungsprogramme sind doch gerade das Interessante! Das wissen Sie doch!)

– Frau Ministerpräsidentin, kurz erklärt:

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Brauchen Sie nicht!)

Der Bund hätte Inwent als Institution bestehen lassen, aber alle Essentials, alle Bildungsprogramme, das ganze Personal herausziehen können, und wir hätten überhaupt keinen Einfluss mehr auf diesen Prozess gehabt.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das kann er nicht!)

– Doch, das kann er wohl ohne Sie. Das ist ein sogenannter Asset-Deal. Und unsere Sorge war: Wenn man hier zu hart verhandelt, geht es am Ende zulasten von Bonn aus. – Ich glaube aber, dass wir in der jetzigen Phase sagen können: Es ist ein guter Tag für Bonn. Es kommt mehr nach Bonn. Und es haben sehr viele in der Bundesregierung, in der Landesregierung und auch in diesem Parlament daran mitgewirkt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, von den GRÜNEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Laschet. – Für die SPD spricht jetzt Herr von Grünberg.

Bernhard von Grünberg (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Tag zum Feiern. Deswegen sollten wir uns hier nicht unnötig streiten.

Herr Laschet, natürlich haben auch Sie Verdienste um den Standort Bonn. Allerdings liegen Sie mit Ihrem Antrag total daneben. Auch das muss festgehalten werden, damit hier keine Legenden gebildet werden. Wir haben versucht, einen gemeinsamen Antrag zu machen. Ihre Leute haben dieses Ticket aber leider nicht gezogen, sondern einen eigenen Antrag formuliert.

Um was geht es denn? Wir waren da in einer schwierigen Verhandlungssituation. Es ging nämlich um die Frage, wo der erste Sitz ist. Sie haben sich in Ihrem Antrag deutlich für zwei Sitze ausgesprochen. Früher haben Sie sogar mal gesagt, er könnte ganz in Eschborn sein. Das sollten wir nicht vergessen. In diese Situation sind Sie hineingegrätscht, und zwar gegen die gemeinsame Position aller Fraktionen in Bonn, die eine gemeinsame Resolution gemacht haben. Nach Ihrem Antrag haben die Bonner einschließlich CDU und FDP gesagt: Nein, wir wollen den ersten Sitz der GIZ in Bonn haben. –

Die sind Ihnen doch in den Rücken gefallen. Herr Laschet, es ging doch nicht darum, dass Sie jetzt ein Staatsmann werden wollten, indem Sie sagen: „Ich will das für das Land optimal regeln“, sondern man ist der Landesregierung in einer wichtigen Verhandlungssituation in den Rücken gefallen.

Was ist denn der Grund? Das ist eben angesprochen worden. Der Grund ist doch mit Sicherheit, dass es bei Ihnen im Rhein-Sieg-Kreis großen Aufstand gab über Bad Honnef. Die Planung war ja, das neue Ausbildungszentrum nach Bonn zu holen und zu optimieren. Das ist doch der Hintergrund. Sie haben versucht – das steht ja in Ihrem Antrag –, über diese Nummer Bad Honnef zu stabilisieren. Das ist doch der Hintergrund. Obwohl Sie gesagt haben, Bad Honnef habe alles beigetragen oder die Region habe etwas beigetragen, ist Bad Honnef aber verkehrlich ganz schlecht angebunden.

(Widerspruch von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Alle Leute sagen, dass man da tatsächlich keine Ausbildung hinbekommen kann, weil das vernünftigerweise mit dem Zentrum verbunden werden muss, also gute Verkehrsverbindungen existieren müssen.

Das ist ein reines Partikularinteresse. Lassen Sie uns das in der Region ausfechten – das werden wir sicherlich auch tun – und nach Vernunftgründen festlegen, wohin wir die Ausbildungsstätte am besten legen, aber nicht auf trickreichem Weg über den Landtag und über Einmischungen in Verhandlungen, die zwischen dem Land, der GTZ und dem Bund stattfinden.

Herr Laschet, die Situation ist nun einmal so gewesen, dass es zunächst eine Vorlage für das Bundeskabinett gegeben hatte, in der von einem Sitz in Bonn die Rede war. Dann ist sechs Tage vor der Entscheidung Ministerpräsident Koch reingegrätscht und hat gesagt: Das kommt nicht. – Auf einmal gab es also eine andere Situation, und es waren auf einmal zwei Sitze da. Dieses Gehakel ist hin und her gegangen.

Ich gehe davon aus, dass wir jetzt eine vernünftige Lösung haben – erst recht, wenn wir in diesen Verhandlungen, die bis 2013 stattfinden, gemeinsam zusammenstehen und eine noch sehr viel bessere Situation für die Stadt Bonn und die Region hinbekommen.

Das werden wir dann schaffen, ohne – das sage ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich – einen Rutschbahneffekt nach Bonn zu erzeugen. Wir wollen keine Ängste bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Eschborn erzeugen, dass sie meinen, sie müssten jetzt nach Bonn umziehen. Davor haben sie Angst. Das ist im Zweifel der wirkliche Hintergrund. Wir haben als Bonner großes Verständnis für Ängste vor Rutschbahnen. Ich sage aber: Es muss klar sein, dass Entwicklungspolitik gemein-

sam entwickelt werden muss. Deswegen muss die Leitung nach Bonn.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zu der Frage der Linken, den ich für ganz entscheidend halte. Man darf das nicht so auseinanderdividieren. Entwicklungspolitik ist selbstverständlich auch Wirtschaftspolitik, und zwar vernünftige Wirtschaftspolitik.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Das kann man nicht auseinanderdividieren. Deswegen ist das Ganze auch eine große Chance für Nordrhein-Westfalen. Auch unsere Unternehmen, zum Beispiel die umweltorientierten Unternehmen, können dann tatsächlich besser agieren. Für mich ist ganz entscheidend, dass man diese Chance im Sinne von Nordrhein-Westfalen und im Sinne der Menschen auf der ganzen Welt ergreift.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr von Grünberg. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege von Grünberg, ich habe mich nach Ihrem Wortbeitrag noch einmal kurz zu Wort gemeldet, weil ich die herzliche Bitte habe, dass wir gerade in einer solchen Situation, in der wir doch alle mit dem für die Region Erreichten sehr zufrieden sein können, nicht noch anfangen, Bonn gegen die Region auszuspielen.

Ihre Bemerkung zur Erreichbarkeit von Bad Honnef fand ich, mit Verlaub, nicht wirklich passend. Ich lade Sie auch sehr herzlich ein, einmal nach Bad Honnef zu kommen. Dann werden Sie sehen, dass man von Bad Honnef beispielsweise den ICE-Bahnhof Siegburg/Bonn besser erreicht als von Bonn.

Wir stehen hier immer in großer Solidarität zum Standort Bonn – nicht nur diejenigen, die aus Bonn selbst kommen und dort ihre Wahlkreise haben, sondern auch die Interessenvertreter der Region, auch die Abgeordneten des Rhein-Sieg-Kreises. Ich bitte sehr herzlich darum, diese Solidarität jetzt nicht aus Bonner Sicht infrage zu stellen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, Sie müssten zum Schluss kommen.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Wir gucken immer, wie gut Institutionen arbeiten; denn nur dann können sie im Wettbewerb bestehen. Ich darf Ihnen noch einmal sagen, dass die V-EZ in Bad Honnef

eine ganz hervorragende Arbeit macht. Sie hat unsere Unterstützung genauso verdient wie die Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit, die in Bonn angesiedelt sind.

Ich bitte Sie herzlich, das auch mitzunehmen, damit wir gemeinsam nicht nur für Bonn das Beste erreichen, sondern auch den Bestand der Institutionen, die im Umland angesiedelt sind, dauerhaft sicherstellen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Papke. – Für Die Linke spricht jetzt Herr Aggelidis.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Nein, es spricht Frau Beuermann!)

– Offensichtlich nicht. Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. In der auf den Tischen liegenden Rednerliste ist Herr Aggelidis ja auch mit „Frau Aggelidis“ aufgeführt worden. Es spricht aber Frau Beuermann.

Frau Dr. Schwall-Düren, Folgendes habe ich vorhin vergessen: Unser herzlicher Dank gilt Ihrem Einsatz für Nordrhein-Westfalen. Es ist Ihnen gegen alle Widerstände gelungen, Bonn als UN-Standort, aber auch als Standort für diese Region zu stärken. Unser Dank gilt auch Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Lieber Kollege Grünberg, ich war doch ein bisschen irritiert, als Sie in Ihrem Wortbeitrag einen Teil meiner Rede kritisiert haben. Für uns Linke ist eine friedliche, humanitäre Entwicklungspolitik wichtig. Das ökonomische Ausnutzen der Gegebenheiten vor Ort zum wirtschaftlichen Nutzen der Akteure hier in diesem Land, das lehnen wir ab.

(Beifall von Michael Aggelidis [LINKE])

Uns geht es um Menschen. Uns geht es um tatsächliche Entwicklungspolitik. Sollte das die Intention Ihres Antrages gewesen sein, bitte ich Sie herzlich, diesen noch einmal zu überdenken. Ansonsten sind wir bei Ihnen. – Danke.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beuermann. – Für die CDU spricht jetzt Herr Krautscheid. – Herr Krautscheid, bevor Sie starten, muss ich Sie darauf hinweisen, dass wir vorhin hier oben ein Problem hatten. Deshalb steht Ihnen gleich nicht die angezeigte Redezeit zur Verfügung. Es ist leider eine Minute weniger.

Andreas Krautscheid (CDU): Das macht gar nichts, Frau Präsidentin; ich fasse mich kurz. Ich

finde nur, dass die technischen Probleme, die sich im Hintergrund häufen, nicht immer auf Kosten der Redner gehen können. Das müsst ihr mal untereinander klären. – Entschuldigung! Jetzt komme ich auch zu meiner Rede.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erster Punkt: Es ist ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen, nicht nur für Bonn. Das scheint mir wichtig zu sein; denn wir haben dieses Thema in diesem Haus immer als eines aufgefasst, das nicht nur eine Stadt oder eine Region betrifft, sondern das im Interesse des gesamten Landes liegt. Deswegen ist es ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. Wir haben ein gutes Ergebnis. Unser Dank geht an alle, die sich daran beteiligt haben.

Zweiter Punkt: Ich habe mich mit diesem Thema seit dem Berlin/Bonn-Beschluss vor über 19 Jahren in ganz unterschiedlichen Funktionen im Bundestag, im Landtag und als Mitglied der Landesregierung beschäftigt. Heute Morgen haben wir es zum ersten Mal erlebt – in den letzten Tagen hat sich das schon angedeutet; ehrlich gesagt, hätte ich mir auch gewünscht, wir hätten einen gemeinsamen Antrag hinbekommen –, dass die ganze Sache doch relativ kleinkariert diskutiert worden ist.

Da ich mich sicherlich zum letzten Mal als Parlamentarier mit diesem Thema beschäftige, habe ich eine Bitte. Es ist wichtig, dass wir uns alle anstrengen und versuchen, dieses Thema in Zukunft – deswegen finde ich auch, dass Ihre Rede heute Morgen bei diesem Thema ein Ausreißer bleiben muss, Frau Hendricks – so einvernehmlich wie irgend möglich zu behandeln.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es ist das Interesse Nordrhein-Westfalens, hier gut weiterzukommen.

Deswegen ist es genauso wichtig, dass das nicht nur als Standortthema gesehen wird, nach dem Motto: Wie viele Arbeitsplätze wo? Wer muss umziehen oder nicht? Da stimme ich dem Kollegen Engstfeld auch zu. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Das haben wir in den letzten Jahren alle gemeinsam vorangetrieben. Manch einer fragt uns ja: Wieso beschäftigt sich denn eine Landesregierung oder ein Landtag mit solchen entwicklungspolitischen Fragestellungen? Doch nicht nur wegen Bonn, doch nicht nur, um einen Standort zu sichern! Es geht vielmehr darum, ein Thema, das auch für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen hohe Bedeutung hat, in diesem Hause sichtbar zu machen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Daran müssen alle mitwirken.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Krautscheid, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hendricks zulassen?

Andreas Krautscheid (CDU): Gerne.

Renate Hendricks (SPD): Dem kann ich natürlich zustimmen. Es war auch unser Anliegen, es als gemeinsames Anliegen in dieses Haus zu tragen. Deshalb ist meine Frage an Sie: Warum ist unser Anliegen bei Ihnen auf taube Ohren gestoßen und warum sind Sie mit einem eigenen Antrag rausgegangen, nachdem wir Ihnen angeboten hatten, mit Ihnen einen gemeinsamen Antrag zu machen?

Andreas Krautscheid (CDU): Sehen Sie, Frau Hendricks, das ist das, was ich meine. Jetzt sind Sie schon wieder im Klein-Klein und am Nachkarten.

(Zurufe: Oh!)

Ich kann es Ihnen erklären. Sie wissen es natürlich genau. Sie wissen es: weil Sie in Ihrem Antrag eine Bedingung gestellt haben – Stichwort Finanzvorstand –, die für uns nicht akzeptabel war.

Aber das ist doch genau das, was ich meine. Natürlich haben wir nach gemeinsamen Erfolgen für die Region Bonn hinterher alle unseren jeweiligen Wählern und Gruppen gesagt, wie toll wir verhandelt haben und wer am meisten dafür getan hat. Das ist normal in der Politik, dass dann jeder auch die Federn an seinen Hut stecken will. Mir geht es aber darum, dass ich heute Morgen zum ersten Mal eine aggressive Debatte zu diesem Thema erlebt habe.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das muss eine Ausnahme bleiben. Bonn und die Frage des Standortes für diese entwicklungspolitischen Dinge muss in unser aller Interesse sein und darf nicht zwischen den einzelnen Gruppen ausgespielt werden. Das ist meine Bitte für die nächste Zeit: dass wir alle – alle, ich schließe uns alle dabei ein – wieder zu einem Stil zurückkommen, der der Region hilft und der das Beste für dieses Thema in Nordrhein-Westfalen herbeiführt. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Krautscheid. – Zum Tagesordnungspunkt 3 ist festzustellen, dass der **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/667 zurückgezogen** wurde, dass der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/679 zurückgezogen** wurde und dass damit natürlich auch der **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/814 entfällt**. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4 Unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gebührt Dank und Anerkennung für ihren besonnenen Einsatz bei den Castor-Transporten – Straftaten sind kein Mittel der politischen Auseinandersetzung!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/677

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/761

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/813

Ich erteile für die CDU Herrn Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor ca. dreieinhalb Wochen standen die Castortransporte im Brennpunkt der Öffentlichkeit. In Deutschland insgesamt, aber vor allen Dingen in Niedersachsen, im Wendland, erregten sie die Gemüter und sind nach wie vor Gegenstand von Beratungen und Auseinandersetzungen in der Nachbereitung des Transports, in der Aufarbeitung der Demonstrationen und allerdings auch des polizeilichen Einsatzes in besonderer Weise deswegen, weil die Proteste in diesem Jahr eine neue Dimension erreicht haben.

Alein aus Nordrhein-Westfalen waren unter anderem zwölf Einsatzhundertschaften, eine Reihe von technischen Einsatzeinheiten, eine Reiterstaffel – gut, dass wir sie haben –, mehrere Diensthundestaffeln und zahlreiche Spezialisten zum Teil mehrere Wochen im Wendland eingesetzt.

Bei der Erfüllung dieser außerordentlich schweren Aufgabe mit einer außergewöhnlich hohen physischen und psychischen Beanspruchung sind die Grenzen der Zumutbarkeit nicht nur erreicht, sondern wahrscheinlich auch überschritten worden. Einige Aspekte sind in unserem Antrag aufgeführt.

Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion möchten mit vorliegendem Antrag verdeutlichen, dass wir keinen Zweifel daran lassen, dass wir unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dass wir alle Einsatzkräfte auch ideell in jeder Hinsicht unterstützen.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Wir stehen zu unserer Polizei ohne Wenn und Aber. Denn ihrer Arbeit ist es zu verdanken, dass jeder von uns ein hohes Maß an Sicherheit genießen kann. Hierfür gebühren der Polizei Respekt, Dank,